

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugpreis monatlich (mit Post) 2 RM. (halbjährlich 10 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-L. / Reichsstraße 2 u. Expedition: Müserbahnstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfach Dresden Nr. 18699, Dresdener Verlagsgesellschaft
Schneidung: Dresden-L. Müserbahnstraße 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Druckanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-8 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die erstmalig gebaltene Monatszeile oder deren Raum 0,30 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restanzeige anschließend an den dreifachen Teil einer Zeile 1,25 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L. Müserbahnstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Vervollständigung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Montag, den 23. Mai 1927

Nummer 119

Offener Brief

oppositioneller GPD- und sozialistischer Arbeiterjugend-Mitglieder an die Sachsenbelegierten zum Reichsparteitag der GPD in Kiel!

Werte Genossen! Wir sozialdemokratischen Arbeiter wenden uns an euch, die sächsischen Delegierten auf dem Parteitag in Kiel, weil wir von tiefer Sorge um das Proletariat und die Partei erfüllt sind.

Euch ist es genau so gut wie uns Mitgliedern und Funktionären bekannt, daß die Mitgliedschaft der Partei allgemein voller Zweifel und vollen Mißtrauens ist. So mancher wendet sich verärgert ab: Wir werden nur an der Kasse herumgeführt; wir wissen überhaupt nicht, was gespielt wird. Die Führer eben machen Politik, wie es ihnen paßt, und wir müssen es ausbaden.

Genossen! Ihr müßt zugeben, daß solche Stimmungen ein gut Teil Berechtigung haben. Uns erscheint es unbedingt notwendig, daß der Parteitag über diese Dinge nicht mit einer Seite hinweggeht, sondern ernsthaft dazu Stellung nimmt und gründlich untersucht, ob die Partei auf dem richtigen Wege ist, ob die Interessen des Proletariats auf dem bisher eingeschlagenen Wege wirklich wahrgenommen werden können, und wie die Zerküftung und Spaltung im Lager der Arbeiterklasse im Kampfe um die Arbeiterinteressen überwunden werden kann.

Der Drang nach Einheit ist ungeheuer groß.

Führt aber die Politik der Partei, wie sie von den Führern gemacht wird, zu der bitter notwendigen Einheit der Arbeiterklasse, oder treibt sie nicht noch weiter zur Zerküftung und Spaltung?

Genossen! Auf euch Delegierten liegt eine große Verantwortung. Nicht nur wir sozialdemokratischen Arbeiter, sondern auch viele Arbeiter, die nicht bei uns organisiert sind, sind voller Erwartung, ob ihr die Vertuschungspolitik von oben mitmachen wollt, oder ob ihr den Mut ausbringt, auszusprechen, was ist, und festzustellen, daß die Politik des Parteivorstandes — und nicht zuletzt auch die Politik der ADGB-Führung — nicht fortgeführt werden dürfen.

weil sie für die Arbeiterklasse keinen Nutzen, keine Förderung gebracht haben,

sondern schaden, so gut wie sie vielleicht gemeint sein mag.

Bei uns in Sachsen habt ihr doch alle mit gegen die USGS gestanden, weil die von den 23 betriebene Politik im Parlament und in den Gewerkschaften dem Bürgerblod und nicht der Arbeiterklasse dient. Hat der Parteivorstand nicht hinter den 23 gestanden? Und kann der „Volkstaat“ nicht mit Recht behaupten, daß die USGS in Sachsen keine andere Politik betreibt, wie die Partei in Preußen?

Hat sich der Parteivorstand gemeinsam mit der Landtagsfraktion bei Bildung der Bürgerblodregierung im Reich nicht ausdrücklich für eine Koalitionsregierung angeboten?

Hat nicht der Parteivorstand mit der Preußenfraktion zusammen die Hohenzollernabfindung gutgeheißen, um damit die Preußenkoalition zu retten?

Die Koalitionspolitik hat dem Proletariat nichts gebracht,

dem Bürgerblod aber konnte durch die Koalitionspolitik der Weg geebnet werden, weil der Partei die Hände gebunden waren.

Für die künftige politische Linie der Partei ist die Frage der Koalitionspolitik von besonderer Bedeutung. Die vergangenen Jahre standen sowohl im Reich als auch in den anderen Ländern, speziell in Preußen, im Zeichen der Koalition mit den reaktionären kapitalistischen Parteien. Alle Fraktionen unserer Partei betonten die grundsätzliche Koalitionsbereitschaft. Unter besonderem Hinweis betonten zugleich fast sämtliche Führer unserer Partei, daß sie, bzw. die Sozialdemokratie, das Erbe der Altväter des Sozialismus, Karl Marx, Friedrich Engels, Wilhelm Liebknecht, August Bebel u. a. angeerbt hätten. Die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus haben jedoch ausnahmslos das Faktieren mit bürgerlichen Parteien abgelehnt, weil erfahrungsgemäß die Arbeiterklasse in dieser Koalition nicht der gewinnende, sondern der verlierende Teil ist. Auch unser Genosse Azz erklärt ja anläßlich einer ostfälischen, Unterbezirkskonferenz der SPD zur Koalitionsfrage:

Von dem gehen in Dresden im Regierbeim tagenden Kongress der Werttätigen entandien die dort anwesenden, unterzeichneten sozialdemokratischen Delegierten

nachfolgendes Schreiben an die sächsische Delegation auf dem Parteitag der SPD.

„Die Koalition mit bürgerlichen Parteien verdirbt den Charakter der Partei und ist deshalb abzulehnen.“

Während der Genosse Azz grundsätzlich jede bürgerlich-sozialdemokratische Koalition in richtiger Erkenntnis ablehnt, gibt es eine bedeutende Anzahl Parteiführer, die „von Fall zu Fall“ oder „nach den jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnissen“ für oder gegen die Koalition sind. Dieser Teil der Sozialdemokratie ist der grundsätzliche, August Bebel sagte über jene halb links, halb rechtssozialistischen auf dem Dresdener Parteitag 1903 treffend:

„Es ist immer und ewig der alte Kampf: hier links, dort rechts, und dazwischen der Sumpf. Das sind die Elemente, die nie wissen, was sie wollen, oder besser gesagt, die nie sagen, was sie wollen. Das sind die „Schlaumeier“, die immer erst horchen: wie steht es da, wie steht es hier?, die immer spüren, wo die Majorität ist, und dorthin gehen sie dann. Diese Sorte haben wir auch in unserer Partei. Eine große Anzahl ist jetzt bei diesen Verhandlungen an das Licht des Tages gekommen. Man muß diese Parteigenossen denunzieren. (Zuruf: Denunzieren!) Ich sage ja, denunzieren, damit die Genossen wissen, was das für Leute sind. Der Mann, der wankeltens offen seinen Standpunkt vertritt, bei dem weiß ich, woran ich bin, mit dem kann ich kämpfen, entweder er liegt oder ich, aber die faulen Elemente, die sich immer drücken und jeder klaren Entscheidung aus dem Wege gehen, die immer wieder sagen: Wir sind ja alle einig, sind ja Brüder!, das sind die aller schlimmsten! Die bekämpfe ich am allermeisten...“

Wir erwarten von unseren sächsischen Delegierten, daß sie sich in der Koalitionsfrage die Auffassung des Genossen Azz zu eigen machen und in den Parteitagdiskussionen grundsätzlich gegen jede bürgerlich-sozialdemokratische Koalition sprechen und stimmen.

Der Parteitag muß aber auch Klarheit schaffen über das Wesen der sozialdemokratischen Opposition gegenüber der kapitalistischen Republik. Deshalb ist auf die Dauer unerträglich, daß die Partei im Reich Opposition macht, während sie in Preußen als Regierung gegen die Forderungen unserer Opposition kämpft. Zurückziehung der Partei aus allen bürgerlichen Koalitionsregierungen muß deshalb die Forderung der linken Opposition auf dem Parteitag sein.

Wir erwarten ferner von der sächsischen Delegation, daß sie sich gegen jene Auffassungen über die Opposition unserer Partei wendet, wie sie Azz auf dem Heidelberger Parteitag vertreten hat; nämlich, daß die Forderungen in der Opposition so gehalten sein müßten, daß sie die selben am nächsten Tag in einer Koalitionsregierung durchführen können. Von einer solchen „gehörigen“ Opposition wollen unsere Arbeitergenossen nichts wissen.

Die Koalitionspolitik entspricht der Politik der führenden Genossen im ADGB. Wir sind der Meinung, daß ihr unter allen Umständen verlangen müßt, daß die ADGB-Politik auf die Tagesordnung gesetzt wird. Auf jeden Fall müßt ihr den Willen der Parteigenossen in dieser Frage vertreten. Der Rückgang der Mitgliederzahlen in den Gewerkschaften seit 1922 ist das Ergebnis einer verkehrten Politik der ADGB-Führung.

Wo bleibt die große Aktion für die Rückeroberung des Achtstundentages und Erhöhung der Löhne?

Es ist unerträglich, daß der ADGB und auch unsere Parteizeitungen die Feststellung machen, die Lohn- und Arbeitszeitkämpfe seien jetzt zum Abschluß gekommen. Die Möglichkeiten großer erfolgreicher Bewegungen wurden nicht ausgenutzt, und jetzt soll ein „Abschluß“ da sein. Soll den Preissteigerungen der letzten Monate und der zu erwartenden weiteren Verschärfung der Teuerung nicht durch Kämpfe entgegengetreten werden? Soll die gegenwärtige Konjunktur nicht für Rückeroberung des Achtstundentages und für Lohnkämpfe ausgenutzt werden?

Es muß Schluß gemacht werden mit der Arbeitsgemeinschaftspraxis und den Arbeitsgemeinschaften.

Schluß muß auch gemacht werden mit der Ausschließpraxis, die in vielen Gewerkschaften geübt wird. Stärkung der Gewerkschaften und ihre Umbildung zu Kampfgewerkschaften, das verlangen die Arbeiter.

Im engen Zusammenhang mit der Koalitionspolitik steht die Frage: Demokratie oder Diktatur. Dem Parteitag liegt zum Referat des Genossen Hilferding: „Die

Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik“, ein Antrag des Bezirks Flauen-Zwickau vor. Dieser Antrag findet unsere vollste Zustimmung bis auf den vorletzten Absatz, wo es heißt:

„Wehrt sich die Bourgeoisie gegen die gesellschaftliche Umwälzung, die sich auf dem Boden der Demokratie vollzieht, durch gemeinsame Auflehnung, dann wird die Arbeiterklasse gezwungen sein, den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen.“

Dieser Satz spricht nur in der Möglichkeitsform von dem Widerstand der Bourgeoisie, während die Geschichte lehrt, daß die Bourgeoisie niemals ihre Machtpositionen freiwillig räumt. Es gilt darum, die Arbeiterschaft nicht in Illusionen über die Möglichkeiten der Demokratie zu wiegen, sondern es gilt, der Arbeiterklasse klarzumachen, daß die sozialistische Gesellschaft nie das Ergebnis parlamentarischer Abstimmungen, sondern nur das Ergebnis einer siegreichen proletarischen Revolution sein kann.

Wir verweisen mit dieser unserer Auffassung auf Karl Marx, der in seinem Artikel zur Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms sagt:

„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Dem entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“

Wir erwarten von unseren sächsischen Delegierten, daß sie sich gemäß der Auffassungen von Marx, Engels und Rosa Luxemburg

für die Diktatur des Proletariats einsetzen.

Mit besonderer Beforgnis verfolgt die Arbeiterschaft die derzeitigen außenpolitischen Vorgänge.

Trotz des Völkerbundes stehen die kapitalistischen Staaten im Zeichen der Kriegsrüstungen

Der aktive Kampf der Engländer gegen die chinesische Revolution, die Schreckensherrschaft der englischen Schlächter unter der chinesischen Arbeiter- und Bauernschaft, die unerhörten Provokationen des Sowjetstaates in Schanghai, Peking und London zeigen mit unerkennbarer Deutlichkeit die planmäßige Provokation Sowjetrußlands durch das imperialistische England. Die Drahtzieher der englischen Regierung, Baldwin, Chamberlain, wollen die Sowjetunion zum Loschlagen herauslocken, um dann mit künstlicher Entrüstung die „Angegriffenen“ zu spielen. Nur der nicht hoch genug zu schätzende Besonnenheit der führenden russischen Staatsmänner ist es zu danken, daß es bis zum heutigen Tage noch nicht zu einem neuen Völkermorden gekommen ist. Viele offenen und versteckten Kriegstreiber der Völkerbundstaaten kennzeichnen am besten den Charakter des Völkerbundes als „Friedensinstrument“. Die Klassenbewusste Arbeiterschaft muß deshalb daran erinnert werden:

Wenn die Imperialisten vom Frieden reden, dann rücken sie zum Krieg.

Darum lehnt die sozialistische Arbeiterschaft den Völkerbund ab und drängt auf die Durchführung internationaler Kampfmaßnahmen des Proletariats aller Länder gegen die imperialistischen Krieg.

Die unterzeichneten Parteifunktionäre und -mitglieder erwarten darum von der Sachsenbelegung die Einwirkung auf den gesamten Parteitag in der Form des Beschlusses eines

Manifestes gegen den imperialistischen Krieg.

Dieses Manifest muß sich gegen alle Waffen- oder Militärtransporte nach der Sowjetunion wenden. Es muß zum Ausdruck gebracht werden, daß die Partei bereit ist, den Kampf mit allen Mitteln zu führen. Von der Sozialdemokratischen Partei erwarten wir ein

offenes Bekenntnis zu Sowjetrußland als den ersten Arbeiter- und Bauernstaat der Welt.

Nach den Aussagen unserer Parteigenossen Dr. Rosenthal, Dr. Hirschfeld, Arno Buchholz und einer Menge anderer Funktionäre hebt sich die wirtschaftliche Lage der russischen Bevölkerung in dauerndem Aufstieg. Depressionen und vorhandene Mängel können weder auf

elle
und
e 35
one
er Auf-
schritt
nger
e und
ernü-
ng